

Dr. Matthias Miersch
Mitglied des Deutschen Bundestages
Umweltpolitischer Sprecher der SPD-
Bundestagsfraktion

11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 71111
Fax: (030) 227 – 76099
E-Mail: matthias.miersch@bundestag.de
www.matthias-miersch.de

Caren Marks
Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Staatssekretärin
bei der Bundesministerin für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend

11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 77508
Fax: (030) 227 – 76181
E-Mail: caren.marks@bundestag.de
www.caren-marks.de

Miersch und Marks: Erdkabel vor Freileitung

SPD-Landesgruppe Niedersachsen/Bremen positioniert sich klar zum Thema SuedLink

Die SPD-Landesgruppe Niedersachsen/Bremen hat am vergangenen Montag einen deutlichen Beschluss zum Thema SuedLink gefällt. Mit dem Titel "SuedLink: Regelfall Erdkabel, damit die Energiewende gelingt" positionieren sich die sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten in der kontrovers geführten Debatte rund um das Thema Netzausbau.

"Im Rahmen der parlamentarischen Beratungen rund um die Novelle des 'Energieleitungsbaugesetzes' werden wir darauf drängen, dass das Thema der Erdverkabelung im Fokus der Debatte steht. Für uns ist es zentral, dass das Primat der Freileitung (bei der Hochspannungsgleichstromübertragung) zu Gunsten eines Primates der Erdverkabelung ersetzt wird, so *Matthias Miersch*, stellvertretender Vorsitzender der Landesgruppe.

„Der Schlüssel zur Akzeptanz für den Netzausbau vor Ort ist nach unserer Auffassung der Einsatz von Erdkabeln. Nur wenn wir die Interessen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort in besonderer Weise berücksichtigen wird uns der Netzausbau gelingen können“, so *Caren Marks* weiter.

Miersch ergänzt: „Akzeptanz seitens der Bevölkerung ist für uns ein hohes Gut, welches viele Konflikte bereits in einem frühen Stadium der Planung lösen könnte. So hoffen wir auch, dass unter anderem mit dem Thema Erdverkabelung die aktuellen Konflikte in Bayern gelöst werden können. Leider ist auf Drängen der Union die für diese Woche geplante Anhörung zum Energieleitungsbaugesetz verschoben worden, so dass diese erst nach der Sommerpause im Herbst stattfinden wird“.

„Diese Tatsache bedeutet jedoch nicht, dass wir in der Zwischenzeit die Hände in den Schoß legen werden. Wir werden nun intensiv auf allen politischen Ebenen für unser Papier werben, um Mehrheiten zu finden“, so *Caren Marks* abschließend.

Berlin, 20.05.2015

PRESSMITTEILUNG